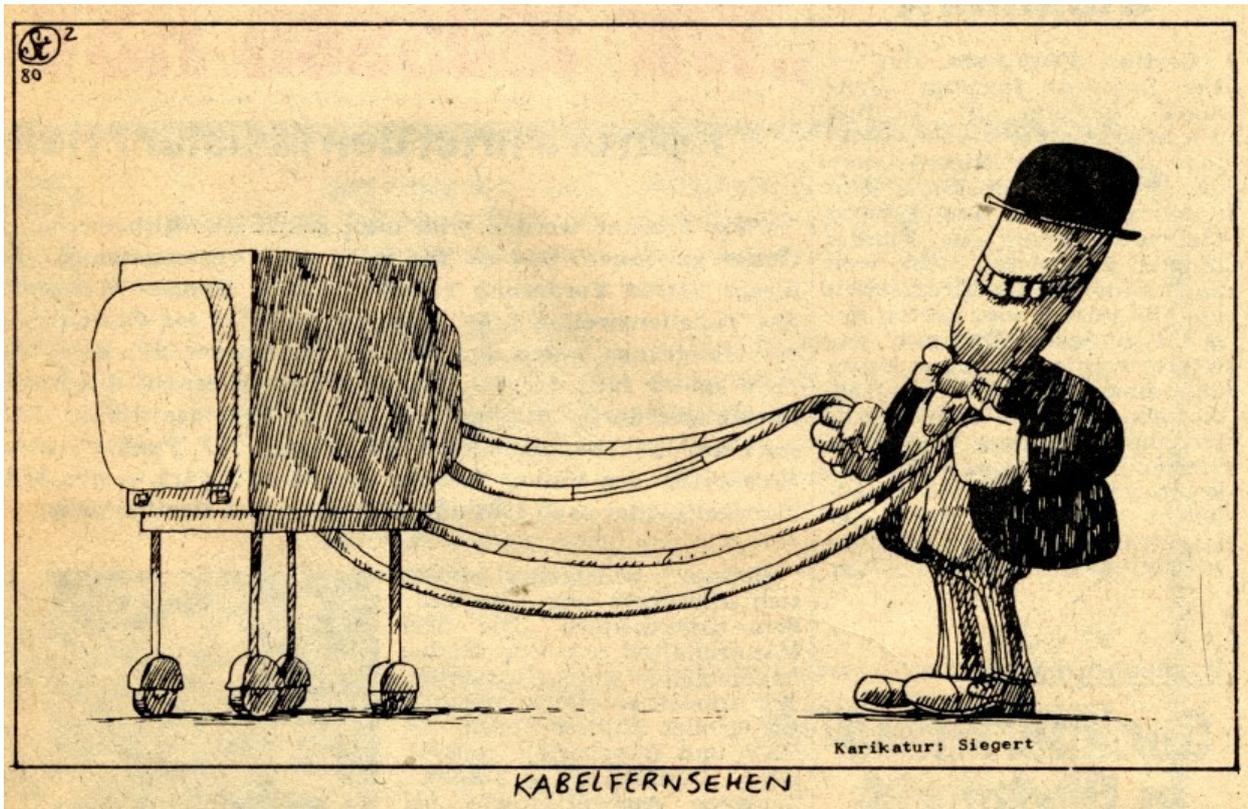


Kampf um die Medien - Wer gegen wen ?

Unsere Zeit, 13.03.1980



UNSERE ZEIT

KULTUR

Kampf um die Medien – Wer gegen wen

Nachrichten und Unterhaltung
unter demokratische Kontrolle

80

Kampf um die Medien – Wer gegen wen ?

von Hannes Stütz

Nachrichten und Unterhaltung unter demokratische Kontrolle

Vor einigen Wochen fand in Tübingen, veranstaltet vom Seminar für Allgemeine Rhetorik der Universität und dem Deutsch-Amerikanischen Institut, eine Podiumsdiskussion statt zum Thema: „Privatfernsehen – ja oder nein ?“ Die Teilnehmer waren Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD, Mitglied des Parteivorstandes, Mitglied des Deutschen Bundestages), Hinrich Enderlein (FDP, Mitglied des Landtages Baden-Württemberg), Hannes Stütz (DKP, Mitglied des Parteivorstandes), Dr. Detlef Hensche (IG Druck und Papier, Mitglied des Hauptvorstandes), Dr. Joachim Goth (Medienwissenschaftler, Universität Tübingen), Günter Rager (Medienwissenschaftler, Universität Hohenheim). Der angekündigte Vertreter der CDU (Willibald Kimmel, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und Medienreferent seiner Landespartei) sah sich ebenso wie der Tübinger CDU-Direktkandidat, Hans-Jürgen Todenhöfer, außerstande, den Standpunkt seiner Partei in der Diskussion zu vertreten.

Hannes Stütz hat seine Ausführungen für die Leser der UZ zusammengefaßt:

Ein Blick zurück

1945, nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus, wollte man auch Schlußfolgerungen ziehen aus der Tatsache, daß der kommerziell organisierte Staatsrundfunk der Weimarer Republik sich den Nazis auf einem silbernen Tablett präsentiert hatte und Goebbels sich nur zu bedienen brauchte. Quasi über Nacht hatten die Faschisten mit der Reichsrundfunkgesellschaft (RRG) eines ihrer schärfsten Propagandainstrumente in der Hand. Sie nutzten es als eine ideologische Dampfwalze, von der Nachrichtengebung bis zur Unterhaltung. Die Demokraten der ersten Stunde waren sich einig: Nie wieder durften der Rundfunk und die Medien zum Sprachrohr faschistischer Ideologie und Kriegshetze werden.

In zwei Elementen sah man die Hauptursache dafür, daß den Nazis die Übernahme des Rundfunks zum Kinderspiel gemacht wurde: Zum einen, daß die Gesellschaften kommerziell betrieben wurden, zum anderen, daß sie einer immer mehr zentralisierten Staatsaufsicht unterlagen. Genau diese beiden Faktoren wollte man nun ausschalten. Der neue Rundfunk sollte unabhängig vom Staat und unabhängig von der Wirtschaft errichtet werden. Um dies zu garantieren, entschied man sich für eine öffentlich-rechtliche Form des Rundfunks. Die neuen Anstalten sollten nun im juristischen Sinne selbständig handelnde, nicht dem Profitprinzip verpflichtete, sich selbst verwaltende gesellschaftliche Gruppe und „Personen“ sein, die nur ihren aus der demokratischen Öffentlichkeit breit zusammengesetzten Gremien und dem

späteren Grundgesetz Rechenschaft schuldeten. Keine gesellschaftliche Gruppe und keine staatliche Institution sollte zu Eingriffen oder gar zu Besitzansprüchen berechtigt sein. Wenn man so will, waren die „Anstalten des öffentlichen Rechts“ auch als eine mögliche Form öffentlichen Eigentums gedacht.

Wie alle demokratischen Konzepte der unmittelbaren Nachkriegszeit erhielt auch dieses seinen ersten großen Schlag durch den kalten Krieg als Antifaschisten gleich reihenweise aus den Funkhäusern flogen. Darüber hinaus hielten die sich etablierenden Parteien nichts von der Repräsentanz gesellschaftlicher Kräfte in den Aufsichtsgremien. Beharrlich bastelten sie an seiner Umformung zum Parteienproporz wie wir ihn heute kennen. In seinem Gefolge wurde eine rigorose Personalpolitik bei der Besetzung verantwortlicher Positionen durchgesetzt, die Belegschaften durch den „Tendenzschutzparagraphen“ des Betriebsverfassungsgesetzes von der Mitbestimmung ausschlossen. Der Traum von einem unabhängigen, den Tatsachen, der Demokratie und dem Antifaschismus verpflichteten Mediensystem blieb unerfüllt.

Was wollen sie noch ?

Man sollte meinen, daß die Unternehmer in der öffentlich-rechtlichen Hülle der elektronischen Medien alles haben, was sie zum Leben brauchen: Ergebene Vertreter in den Gremien, eine Fülle williger oder gefügig gemachter Journalisten und Redakteure, eine ausgewogen kapitalistische Meinung etwa bei den Streikkämpfen, wo die Position der Streikenden und ihrer Gewerkschaften gerade noch in Form von Stellungnahmen und Interviews der Betroffenen kurz einfließen kann in wahre Orgien der Denunziation und Verfälschung. Sollte man meinen – aber weit gefehlt. Die Angriffe der etablierten Parteien auf die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags der Medien ziehen sich wie ein roter Faden durch ihre Geschichte. Das ist die eine Seite. Die andere ist, daß sich die Unternehmer trotzdem niemals damit abgefunden haben, keine kommerziellen Sender betreiben zu können. Vor allem die CDU/CSU, dieser „Ausbund von Volkspartei“ bohrte und kratzte unermüdlich, um die Schwachstellen zu finden, die den Durchbruch zum kommerziellen Monopolfernsehen ermöglichen könnten.

Spektakulär war die Adenauer-Unternehmung eines privaten CDU-Fernsehens 1961, die Deutschland AG. Spektakulär war auch die Abfuhr, die ihr zuteil wurde. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der öffentlichen Empörung sah sich selbst das Bundesverfassungsgericht gehalten, der kommerziellen „Deutschland Fernseh AG“ seinen Segen zu entziehen. Der Urteilspruch von 1961 enthält so bemerkenswerte Passagen wie die, daß die Instrumente der Meinungsbildung „weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert“ werden, daß alle in Betracht kommenden Kräfte in ihren Organen Einfluß haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen können, und daß für den Inhalt des Programms Leitgrundsätze verbindlich sind, die ein Mindestmaß von inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung gewährleisten“.

Urteil hin, Urteil her. Es dauerte gerade zehn Jahre, bis Franz Josef Strauß 1972 ein bayerisches CSU-Kommerzfernsehen installieren ließ. Es scheiterte am breiten demokratischen Widerstand, der schließlich das in der bayerischen Verfassung vorgesehene Instrument des Volksbegehrens nutzen konnte und dem Kommerzfunk eine Abfuhr mit Pauken und Trompeten erteilte.

Der nächste Coup der schwarzen Mafia ließ keine zehn Jahre mehr auf sich warten. Die Zeit scheint zu drängen, und ganz offensichtlich geht es um höhere Beträge. Albrecht und Stoltenberg haben jetzt den NDR zerschlagen, um über den Weg eines Radios Niedersachsen und Schleswig-Holstein dem Kommerzfernsehen endlich die Bahn frei zu machen.

Volkstümlich wie die Herren selbst sind auch ihre Argumente. Es ginge ihnen um die bessere Rundfunkversorgung ihrer Bevölkerung, um die beliebte „Kommunikation“. Es ist schon merkwürdig, wie sich Politiker um die „Kommunikation“ sorgen, denen man jedes Jugendzentrum mühsam abringen muß, die kaltlächelnd Bundesbahnstrecken stilllegen lassen und ganz Landstriche im Zustand eines kulturellen Niemandslandes halten.

Ein weiteres ihrer biedermännischen Argumente lautet, Konkurrenz belebe das Geschäft und der Kunde habe davon nur Vorteile. Wie sich gegenwärtig z.B. die Ölmultis im Benzinpreis zu unser aller Nutzen gegenseitig erbittert unterbieten, das macht auch diesen Satz für jedermann einleuchtend.

Und zu guter Letzt werden Keks & Koks feierlich: Der Freiheitsgrundsatz des Grundgesetzes und insbesondere Art. 5 fordere gebieterisch die Zulassung des Kommerzfernsehens, die bisherige ARD und das ZDF seien ganz böartige Monopolisten und die Ausschaltung des Kommerz stelle einen Akt blanker Unterdrückung dar.

Der Profit läßt grüßen

Wer ist das, der sich hier bei der Bevölkerung anbietet, nach Freiheit schreit, andere „Monopolisten“ schimpft und Strauß, Albrecht und Stoltenberg zu Anwälten hat? Es ist das Monopolkapital selbst, vorerst vor allem in Gestalt der großen Elektronik- und Medienkonzerne wie Siemens, AEG-Telefunken, SEL, Springer und Bertelsmann, um nur die wichtigsten zu nennen. Lästigerweise lassen sie hauptsächlich den Präsidenten des Verbandes deutscher Zeitungsverleger, Herrn Binkowski, in der Öffentlichkeit zu Wort kommen, der im Südwesten der BRD über ein im Verhältnis zu den Riesen vergleichsweise bescheidenes Zeitungs- und Verlagsherzogtum gebietet und noch einen Hauch mittelständischer Ausstrahlung hat. Daß gerade ein Zeitungsverleger mit dem Argument hausieren gehen muß, Konkurrenz belebe das Geschäft, entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn man auf das Zeitungssterben der letzten 20 Jahre zurückblickt und weiß, daß die verbliebenen Großen die Redaktionen weiter zentralisieren wollen und den Redakteuren mehr oder weniger zur Textschaltstation degradieren. Die wirklich Großen brauchen nur mit dem Finger

zu schnipsen, und der gute Herr Binkowski war einmal.

Denn im Hintergrund sitzen Konzerngebilde wie Siemens, das im Augenblick die dreißigste Umsatzmilliarde ansteuert. Die Unterbeteiligungen eingerechnet, ist sie längst überschritten. Allein dieser Konzern hat für das laufende Jahr Sachinvestitionen von 2 Milliarden und Forschungsinvestitionen von 2,7 Milliarden freigeschaufelt. Das macht allein an Investitionen soviel wie der „Medienriese“ Bertelsmann weltweit an Umsatz erzielt. Vielleicht vermittelt dies eine Vorstellung von dem Größenordnungen, die hier im Spiel sind.

Und wer sagt, daß es bei den Elektro- und Medienkonzernen bleiben muß, die auf das Fernsehgeschäft scharf sind? Wo Süßwaren-Hussel bei Montanus einsteigt, Arcade ins Hausratswarengeschäft, wie RCA 1,4 Milliarden für einen Finanzkonzern hinblättert, Warner den Fußballbetrieb Cosmos New York aufzieht, Grundig und Siemens bei dem System VIDEO 2000 zusammenrücken, wo die Europa-Rakete ARIANE in den 80ern ca. 50 Satelliten starten und ein Milliardengeschäft werden soll – da kann sich potentiell jedes Kapital demnächst von den Möglichkeiten des Fernsehens angezogen fühlen.

Auch hier sollte man sich die Größenordnung vor Augen führen. Vor zehn Jahren gab es in der BRD nur einen Konzern mit über 10 Mrd. Umsatz. Heute sind es 19, und 8 davon bringen es auf über 20 Mrd. Vor zehn Jahren setzten die 100 größten Unternehmen der BRD zusammen 204 Mrd. Um, 1978 waren es bereits 589 Mrd. Und da will uns jemand etwas über Konkurrenz erzählen. Und allen Ernstes läßt die FAZ seit Monaten aus der Feder aller möglichen Professoren erläutern, daß das Individualrecht Freiheit und Meinungsäußerung und -verbreitung vom § 5 des Grundgesetzes genau darauf gemünzt sei, daß diese Wirtschaftskolosse ihr eigenes Fernsehen machen dürften, und verfassungswidrig handle, wer sie daran zu hindern trachte. Selten hat es eine dreistere Verkehrung eines Verfassungsinhalts in sein Gegenteil gegeben. Selten wurde aber auch so deutlich, was sie unter Freiheit verstehen: die Freiheit der großen Eigentümer und ihres Kapitals. Da ist es dann beinahe logisch, wenn jüngst bereits die Forderung erhoben wurde, auch Frequenzen müßten käuflich sein und zu persönlichem Eigentum wie Grund und Boden werden können.

Vor diesem Hintergrund welken auch alle Vorstellungen (wie sie z.B. von FDP-Kreisen entwickelt werden) als ob kommerzielles und öffentlich-rechtliches System zu verbinden seien. Mit großer Sicherheit kann man von heute aus sagen, daß die Einführung des kommerziellen Fernsehens früher oder später das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bedeuten würde. Bestenfalls könnte er noch einige nicht lukrative Nischen betreuen, ein kleines und feines „Elite“-Publikum oder naturwissenschaftlich-technische Weiterbildung. Auf den Hauptkanälen würde sich Kapital zum Zwecke seiner Vermehrung regen, mit käuflichen Sendezeiten für jeden, der das nötige Kleingeld aufbrächte, ob Geldmann oder Politiker. Die obskuren Geldquellen der etablierten Parteien würden noch gewichtiger für die Durchsetzung ihrer Politik und die letzte Auswahl von Menschen, Informationen und Meinungen

würden unweigerlich und wie immer drapiert die Aktionäre und Sponsoren treffen. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie eine Streikberichterstattung dann erst aussehen würde.

Der perfekte Unternehmerstaat

Damit wären wir schon beim anderen Grund, der neben der Profiterwartung den Drang der Konzerne zum Fernsehen so unwiderstehlich macht: Bereits 1974 ist eine Grundsatzerklärung des BDA zu gesellschaftspolitischen Fragen erschienen, in der vom Marxismus bis zum christlich motivierten Pazifismus so ziemlich alle Weltanschauungen als das Feindbild des Monopolprofits ausgeleuchtet wurden. Der wichtigste Bereich der Erklärung dürfte die darin enthaltene Neubestimmung der Rolle des Staates sein. Einerseits soll er weiter und perfekter als bisher Armee, Polizei, Justiz, Gesetzgebung usw. als Repressionsinstrumente ausbauen. Andererseits wird ihm attestiert, daß er die Rolle nicht mehr alleine ausfüllen könne, sondern mit den Verbänden, sprich BDI und BDA, zusammenarbeiten müsse. Schon einige Zeit vorher hatte Alfred Dregger das „öffentliche Bildungsmonopol“ heftig angegriffen, als Versuchsballon für ein stärkeres privates Bildungswesen neben dem öffentlichen. Kurz darauf hielt es der sozialdemokratische Verteidigungsminister Leber für unmöglich, die Ausbildungsgänge eines qualifizierten Bundeswehrsoldaten in das öffentliche Bildungswesen zu integrieren, und ließ die Bundeswehrhochschulen errichten. Das Papier des BDA verallgemeinert solche Vorgänge und kommt zu dem entscheidenden Schluß, daß sich das Unternehmertum unmittelbarer als bisher engagieren müsse, um die soziale Basis für sein System zu sichern.

Seither können wir eine beträchtliche Offensive des großen Kapitals konstatieren. Es tritt die Flucht nach vorn an. Offen wird das Recht auf Arbeit als unvereinbar mit der freiheitlich demokratischen Ordnung bezeichnet, das Recht auf Bildung auf eine schmalspurige Grundausbildung reduziert. Zugleich werden die Kritiker immer schamloser verleumdet, vor allem die Kommunisten, doch kaum weniger die Gewerkschaften, denen das Recht auf Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten und Beamten und auf einen politischen Standpunkt abgesprochen wird. Das Wort vom „Gewerkschaftsstaat“ wird in Umlauf gebracht. Die Mitbestimmungsklage wird eingereicht.

Und wie per Zufall häufen sich die Politiker, die sich zunächst in vorsichtigen Worten, dann aber immer offener für ein kommerzielles Fernsehen äußern, was bis dahin nur Leute wie Guttenberg oder Czaja und so reaktionäre Wissenschaftler wie Scheuch vertreten hatten. Die großen Unternehmer meinen es ernst damit, nicht alles nur dem Staat zu überlassen, was zur Sicherung des Profitsystems notwendig ist. Und sie haben erkannt, daß der Besitz der Medien heute den traditionellen staatlichen Machtmitteln ebenbürtig ist. Deshalb versuchen sie alles, um das Fernsehen unmittelbar unter Kontrolle zu bekommen.

Am Horizont: Das Rüstungskapital

Die elektrotechnische Industrie wird immer mehr zum Rückgrat der Rüstungsindustrie. Von den vier Industriezweigen, die 85 Prozent aller Rüstungsprodukte liefern, liegt sie mit einem Anteil von über 20 Prozent hinter dem Luftfahrzeugbau, dem Maschinenbau und vor dem Straßenfahrzeugbau bereits an dritter Stelle. Wertmäßig steigt ihr Anteil rapide an. Der Kostenanteil der sogenannten „Avionik“ beim Flugzeugbau beträgt bereits mindestens 35 Prozent. Das Haus Siemens allerdings macht wenig Aufhebens von seiner Tätigkeit im Rüstungsbereich. Beinahe schamhaft wird sie in der Bilanz unter „Nachrichtentechnik und Weitverkehrstechnik“ versteckt. Die Unterbeteiligungen eingerechnet ist Siemens heute aber bereits der größte Zulieferer der Bundeswehr. Und das bis 1988 angelegte Modernisierungsprogramm der Bundeswehr, für das – vor Afghanistan, wohlgemerkt – runde 100 Milliarden DM eingeplant sind, wird sicher einen fetten Siemens-Anteil abwerfen. Dafür wird schon insofern gesorgt sein, als Siemens und AEG-Telefunken – beide freundschaftlich verbunden – in 5 der 7 wichtigsten Planungs- und Systemgesellschaften der Rüstungsindustrie sitzen. In diesen Gesellschaften liegt fast die gesamte Planung von Waffen- und Nachrichtensystemen.

Es zeichnet sich die gefährliche Möglichkeit ab, daß die Rüstungsindustrie nicht nur die Politik der Regierungen unseres Landes immer mehr bestimmt, sondern auch die Medien unmittelbar beherrscht und über sie die Welt- und Wertvorstellungen, die für ihr Gedeihen nötig sind, noch umfangreicher und intensiver in jeden Haushalt trägt.

Was das bedeutet, ist am Springer-Konzern bereits anschaulich zu studieren. Es ist kein Geheimnis, daß Springer von jeher besonders enge Beziehungen zum Flick-Konzern unterhielt, einer der größten Waffenschmieden vor und nach dem 2. Weltkrieg. Vielleicht ist Springer in seiner Entwicklung und seiner heutigen Form und Stellung gar nicht denkbar ohne Flick. Der Planer und Anwalt der Stiftung „Die Welt“ war ein Walter Siemens, vorher zufällig Verteidiger Flicks im Nürnberger Kriegsverbrechertribunal. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung hieß Otto A. Friedrich, später geschäftsführender Gesellschafter der Flick KG. Als das Springer-Imperium 1971/72 etwas ins Schlingern geriet, lieh sich Springer aus dem Flick-Management Eberhard v. Brauchitsch als persönlichen Generalbevollmächtigten aus, der das Schiff wieder auf Kurs brachte.

Von der Springer-Presse ist bekannt, welche Orgien sie bereits jahrelang im Ausmalen der russischen Panzerstoßkeile zum Rhein feiert, welche Zahlenpyramiden sie türmt von der angeblichen Anzahl der russischen Panzer, wie sie hymnisch die Neutronenbombe als ideale Panzerwaffe preist, übertroffen nur noch vom Gesang auf den „besten Panzer der Welt“, den Leopard. Und der wird hauptsächlich bei Krauss-Maffei hergestellt. Und Krauss-Maffei gehört wem wohl? Erraten, zum Flick-Konzern.

Das Lügenwort von der Nachrüstung

Es versteht sich fast von selbst, daß Springer sich als Avangardist im Kampf gegen SALT II betätigte, und daß meines Wissens das Lügenwort von der „Nachrüstung“ des Westens am 29.1.1979 von ihm lanciert wurde. Es bedarf fast keiner Phantasie, um sich auszumalen, um wieviel schwerer es der Friede, die Demokratie, der Arbeiter, der Intellektuelle haben würde, wenn dieselben Kräfte auch noch das Fernsehen total beherrschten.

Genau dies aber ist das Ziel der Politik mit der Brechstange, die Albrecht und Stoltenberg betreiben. Genau dies verbirgt sich nur mühsam hinter den biedereren und pathetischen „Argumenten“ von der besseren Fernsehversorgung, der Konkurrenz, der Freiheit. Wem dabei übel wird, der braucht sich dessen wahrlich nicht zu schämen. Zwei bundesdeutsche Ministerpräsidenten verkaufen im wahrsten Sinne des Wortes die Rundfunkhoheit der Länder an das Großkapital, die vereinigten CDU/CSU-Funktionäre stehen dabei feixend Schmiere, die SPD schwankt zwischen starken Worten und faulen Kompromissen, die FDP will scheinheilig Feuer und Wasser vereinen und den Kommerzfunk mit einem öffentlich-rechtlichen Dach verzieren und die Grünen sind vollauf damit beschäftigt, eine Regenbogenpartei zu basteln.

Wer also bleibt ? Da sind die Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die das abgefeimte Spiel zwar mißtrauisch, aber abwartend verfolgen. Da sind die Gewerkschaften, offensichtlich noch verblüfft über soviel Frechheit. Da sind die technischen, journalistischen, künstlerischen und redaktionellen „Macher“ in den Medien, hin- und hergerissen zwischen Wut, Resignation und Anpassung. Da gibt es eine Menge Bürger, die erst allmählich den Hintergrund des Coups der wohlhabenden norddeutschen Mafiosi ausleuchten. Wenn erst klar wird, was hier auf dem Spiel steht, werden viele ihre Abwartestellung verlassen. Adenauer ist nicht durchgekommen. Strauß ist nicht durchgekommen. Und jetzt Albrecht und Stoltenberg ? Wir jedenfalls werden unsere Möglichkeiten strapazieren, um das zu verhindern !